

Nur jeder Zweite sieht sich bis zum regulären Rentenalter arbeiten

☆☆☆☆ Jetzt bewerten!

20.02.2009 | Lohn & Gehalt

Nur jeder zweite Beschäftigte glaubt, dass er seine Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen bis zum regulären Rentenalter ausüben kann. Jeder Dritte bezweifelt dies, wie aus einer am Mittwoch in Berlin veröffentlichten Umfrage hervorgeht. Im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) waren 6835 Beschäftigte befragt worden.



Bis 67 arbeiten? Für viele Arbeitnehmer nicht vorstellbar

Die IG Metall und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss- Gaststätten (NGG) werteten die Ergebnisse als alarmierend und forderten die Rücknahme der Rente mit 67.

Von den laut Studie «prekär Beschäftigten» mit weniger als 2000 Euro Bruttoeinkommen erwarten lediglich 42 Prozent, dass sie es im Job bis zum Rentenalter schaffen. Besonders ausgeprägt ist diese Einschätzung (mit 67 Prozent) bei jenen, die schwer körperlich arbeiten oder psychischen Belastungen im Job ausgesetzt sind und die kaum berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für sich sehen.

Bei den bis zu 25-Jährigen gehen nur 46 Prozent von einem Arbeitsleben bis zur Rente aus; 31 Prozent dieser Altersgruppe halten das für eher unwahrscheinlich. Am düstersten schätzen die 25- bis 44- Jährigen ihre Zukunftsaussichten ein: 35 Prozent von ihnen gehen davon aus, dass sie im Job nicht bis zur Rente durchhalten.

Für IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban zeigen die Ergebnisse die wachsende Verunsicherung durch Wirtschaftskrise und Dauerbelastung.

«Die Ergebnisse belegen nicht nur einen enormen Handlungsbedarf, sondern auch, dass politisch umgesteuert werden muss.» «Arbeiten bis zum Umfallen» gehe nicht. Der Gewerkschafter forderte die Arbeitgeber auf, «gemeinsam Vorhaben zu altersgerechter Arbeitsgestaltung (...) auf den Weg zu bringen».

Die Rente mit 67 sei ein «Irrweg». Sie werde von den Befragten grundsätzlich als «Rentenkürzungsprogramm» empfunden. Urban forderte einen neuen Generationenvertrag und den Verzicht auf die Rente mit 67. Auch für NGG-Vize Claus-Harald Güster steht «die Politik in der Verantwortung, Alternativen zum Renteneinstiegsalter zu finden». Die Rente mit 67 sei - wie die Umfrageergebnisse zeigten - eine große Belastung für die Menschen, «und zwar nicht nur für den viel zitierten Dachdecker».

 dpa

© HAUFE MEDIENGRUPPE 2009